

# Europa als Chance

*Der Gesundheitsmarkt dürfte sich liberalisieren –  
Aktive Mitgestaltung erforderlich*

von **Jürgen Brenn**

Wenn über die Europäisierung des Gesundheitswesens gesprochen wird, stehen vor allem die beiden Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zu den Rechtsstreitigkeiten „Kohll“ und „Decker“ im Mittelpunkt der Diskussion. So war es auch auf dem Düsseldorfer Kongreß „Umbau oder Abbau im Gesundheitswesen“ kürzlich in Düsseldorf. Am 28. April vergangenen Jahres entschied das EuGH, daß eine nationale Regelung, die die Erstattung der Kosten für eine im EU-Ausland in Anspruch genommene Leistung von der Genehmigung der Krankenkassen abhängig macht, gegen die wirtschaftlichen Grundfreiheiten verstößt. Im einzelnen sollten Krankenkassen die Kosten für eine Brille und eine Zahnbehandlung übernehmen.

## Konsequenz aus Kohll/Decker?

Das EuGH hatte zu prüfen, ob die Kostenerstattung eine Gefährdung der öffentlichen Gesundheit nach sich ziehe und ob hierdurch das finanzielle Gleichgewicht der Krankenkassen beeinträchtigt würde, wie Dr. Doris Pfeiffer vom Verband der Angestellten-Krankenkassen (VdAK) auf dem Kongreß erläuterte. Bei-

*Dr. Doris Pfeiffer sieht keine gravierenden Auswirkungen der EuGH-Rechtsprechung auf das deutsche Gesundheitssystem.*



des habe das Gericht verneint. Das Problem der Kostenerstattung von im EU-Ausland in Anspruch genommenen Gesundheitsleistungen sei derzeit relativ gering, so Pfeiffer. Pro Jahr entfielen lediglich 0,3 Prozent (rund 760 Millionen Mark) der Gesamtausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung auf diesen Bereich. Auch in anderen EU-Mitgliedsstaaten bewegen sich die Ausgaben nach Pfeiffers Angaben unter einem Prozent der Gesamtkosten. Daran dürfte sich nach ihrer Einschätzung auch in Zukunft wenig ändern.

## Gesundheitstourismus

Für eine steigende Tendenz, Gesundheitsleistungen in anderen EU-Ländern wahrzunehmen, spreche allerdings die mit der Einführung des Euro gewachsene Preistransparenz. Auch werde der EuGH weitere Urteile auf diesem Gebiet fällen, die sich an der grundsätzlichen Bejahung der Dienstleistungsfreiheit und der Freiheit des Warenverkehrs orientieren werden, prognostizierte Pfeiffer.

Auch Dr. Dr. jur. Christian Dierks aus Berlin rechnet mit weiteren Urteilen. Gleichzeitig plädierte er dafür, zu erörtern, „inwieweit sich das anerkannte und als qualifiziert geltende Gesundheitssystem in Deutschland die EuGH-Rechtsprechung selbst zunutze machen könnte.“ Hier fehlten noch Ideen und Konzeptionen, die einen solchen positiven Gesundheitstourismus nach Deutschland initiieren könnten, meinte Dierks.

Dr. rer. pol. Wolfgang Klitzsch, Geschäftsführer der Ärztekammer Nordrhein, sieht in der Europäisie-

rungsdebatte die Chance, mit Themen des Gesundheitswesens ehrlicher umzugehen. So könnte eine Arbeitsteilung auf europäischer Ebene helfen, hochqualifizierte Arbeitsplätze in Deutschland zu sichern. Ebenso sieht er den hohen deutschen Standard der medizinischen Ethik als einen Exportschlager, der bei der Angleichung der verschiedenen nationalen Niveaus als Grundlage herangezogen werden sollte.

## Gesundheitsstandort Deutschland

Mit Blick auf die nächsten 10 bis 15 Jahre waren sich die Referenten einig, daß sich auch der Gesundheitssektor stärker an marktwirtschaftlichen Spielregeln orientieren muß. Territoriale Schranken werden schrittweise abgebaut. In einem liberalisierten Gesundheitsmarkt werden nach Klitzschs Worten Ausgleichsprozesse stattfinden, die auch dazu führen könnten, daß unterbewertete Leistungen in ihrem Wert steigen.



*Dr. Wolfgang Klitzsch:  
„Ärztliche Körperschaften werden Europäisierung mitgestalten.“  
Fotos: bre*

Professor Dr. Frank Münnich machte darauf aufmerksam, daß sich die liberalisierte Zukunft bereits ankündigt. Richter in Düsseldorf und Hamburg hätten aus europäischer Sicht kartellrechtliche Bedenken gegen das Monopol der Kassenärztlichen Vereinigungen bei der Kostenfestsetzung für ambulant erbrachte Leistungen und gegen die wettbewerbsverzerrende Wirkung einer Positivliste für Arzneimittel geäußert. „Es wird wettbewerblischer werden“, meinte Münnich. Er forderte dazu auf, dies als Chance zu nutzen. Wenn sich die Ärztinnen und Ärzte „von der ständischen Orientierung befreien“, besäßen sie mit ihrer sehr guten Ausbildung eine hervorragende Startposition im europäischen Wettbewerb. Die Mediziner seien ein Aktivposten des Gesundheitsstandortes Deutschland.